



Neues „Technologiecenter“ für IS und PMF:

Vorbereitung für leichtere Fremdvergabe?

Wie immer, wenn die Firma größere Bereiche umstrukturiert, verspricht sie sich davon mehr Effizienz und Synergieeffekte. Alle Instandhaltungsbereiche aus den Werken Untertürkheim, Berlin und Hamburg und die Produktionsmittelfertigung sollen jetzt in einer „Technologiefabrik“ konzentriert werden.

Die Unternehmens-Beratungsfirma „Boston Consulting Group“ wurde vom Vorstand beauftragt, eine sogenannte Funktionsanalyse zu erstellen. Eines der Ergebnisse könnte die nun angekündigte Umstrukturierung sein. Hellhörig werden muss man jedenfalls, wenn der Betriebsrat nicht von der Werkleitung sofort darüber informiert wird, sondern zunächst auf anderem Wege davon erfährt. Erst nach Aufforderung hat die Werkleitung dann endlich informiert, und das recht spärlich.

Was führt die Firma im Schilde?

Bisher sind alle Instandhalter in PMO, PGE, PAC und PTU fester Bestandteil der jeweiligen Produktionscenter, und die Produktionsmittelfertigung ist dem Center Werks- und Produktions-Service (WPS) zugeordnet.

Zum 01.07. beabsichtigt die Firma diese Bereiche in einer „Technologiefabrik Powertrain“ zusammen zu führen, darunter auch die Instandhaltungen der Werke Berlin und Hamburg.

„Technologiefabrik“, Vorstufe zur leichteren Ausgründung oder

Fremdvergabe?

Obwohl die Firma von einer stärkeren „Kunden- und Produktorientierung“ spricht, rücken die Instandhaltung und die Produktionsmittelfertigung damit ein gutes Stück weiter weg von der Produktion, also von ihren „Kunden“. Heute sitzen die IH-Abteilungsleiter am Tisch der jeweiligen Produktions-Center, künftig weit weg im Center „Technologiefabrik“. Vielleicht ist das ja gerade beabsichtigt, um Kosten und Personal leichter triggern zu können?

Jetzt wird auch klar, warum sich die Werkleitung trotz steigender Produktionszahlen so massiv gegen Personalaufbau in den IH-Bereichen wehrt.

Negativ-Beispiel Logistik

Mit der Logistik ist man auch so verfahren und hat sie erst mal von der Produktion abgekappt, mit dem Ergebnis, dass heute große Teile fremdvergeben sind! Dieses neue Manöver riecht geradezu nach einem Schritt in Richtung vereinfachter Fremdvergabe oder Ausgründung – und das nach dem sich die Werkleitung im sogenannten „Kachelprojekt“

dazu bekannt hat, dass die IH fester Bestandteil des Werkes Untertürkheim bleibt, also alles Vorbereitungen auf die Zeit ab 2017?

Mehr Fragen als Antworten, Herr Schabert, Sie können davon ausgehen, dass sich die betroffenen Kolleginnen und Kollegen mit nichtssagenden Worten nicht weiter abspeisen lassen, Karten auf den Tisch! Produktionsbeschäftigte und indirekte Bereiche werden sich nicht auseinander dividieren lassen!

Ein Wachstumsprogramm mit immer weniger Menschen darf es weder in der Produktion noch in den indirekten Bereichen geben!



Martin Bott
Betriebsrat
Tel. 67965

Billiger Industriestrom und seine Folgen

In der **alternative** 124 kritisierten wir Berthold Huber, weil er sich gemeinsam mit BDA und BDI für die weitere Subventionierung der Industrie bei den Energiekosten eingesetzt hat. Nun hat die erste Aluminiumhütte wegen der niedrigeren Stromkosten im Nachbarland dicht machen müssen. In den Niederlanden. 300 Arbeitsplätze futsch!

Kollege Huber, wie findest Du das nun? In Deiner aktiven Funktionärszeit warst Du unter anderem auch Präsident des internationalen Metallgewerkschaftsbundes. Wir meinen: Im Zusammenhang mit dieser Funktion hätte Dein Anspruch ein ganz anderer sein müssen. Wer den nationalen Wettbewerbsvorsprung derart propagiert, untergräbt nicht nur die internationale Solidarität, sondern macht sich mitschuldig an der grenzüberschreitenden Arbeitsplatzvernichtung.



Alles gelesen und nichts gelernt!

In den letzten Monaten werden dem Personalausschuss des Betriebsrates (BR) gehäuft krankheitsbedingte Kündigungsbegehren vorgelegt. Mitarbeiter, die aus Sicht des Unternehmens nicht eingesetzt werden können, sollen gekündigt werden. Obwohl der Betriebsrat auf Missstände im Umgang mit angeschlagenen MA im Bereich, auf schlechte Ergonomie an den Arbeitsplätzen, auf (leider zu wenig) geeignete Arbeitsplätze für Kranke hinweist, erwartet das Unternehmen vom Betriebsrat hierzu eine Zustimmung.

Mittlerweile weiß doch jeder, dass krankheitsbedingte Fehlzeiten auch mit dem Führungsstil, mit einseitiger Belastung am Arbeitsplatz und all den Faktoren zu tun haben, denen die Menschen hier bei Daimler auch ausgesetzt sind.

Bewegung ist wohl Richtung genug...

Es werden Planer zu ergonomischen Themen geschult, Führungskräfte auf Seminare zum Thema „motiviertes Führen“ geschickt, Untersuchungen gemacht und festgestellt, dass sich die Fehlzeiten bei leidensgerechtem Einsatz um zwei Drittel reduzieren. Aber anstatt Betriebsmittel ergonomisch zu planen, anstatt die Mitarbeiter wie Menschen zu behandeln nicht nur wie Nummern, anstatt leidensgerechte Arbeitsplätze zu erhalten und nicht fremd zu vergeben, ist die einzige Methode, den Fehlstand durch Krankheit zu senken, die Mitarbeiter zu kündigen. Die Verantwortlichen haben alles gelesen und nichts gelernt.

Besonders befremdlich empfindet der Betriebsrat die Erkenntnis, dass in einigen Fällen die Ergebnisse aus den Gesprächen zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement, zur Kündigungsvorbereitung missbraucht werden.

„Wes Brot ich eß, des Lied ich sing...?“

In einem Fall wurde mit Hilfe eines Werksarztes ein Mitarbeiter so unter Druck gesetzt, dass er im Personalbereich zusammengebrochen, danach weiterhin arbeitsunfähig war und mittlerweile aus dem Unternehmen ausgeschieden ist.

In einem anderen Fall wurde ein Mitarbeiter, der an einer Skeletterkrankung leidet - wie hunderte anderer im Werk auch -, vom Werksarzt als nicht mehr in Vollzeit einsetzbar eingestuft. Das Unternehmen hat ihn daraufhin nicht mehr beschäftigt, er kämpft gerade um seinen Arbeitsplatz.

Atteste von Fachärzten, die dem WD vorgelegt werden, werden als Gefälligkeitsatteste bezeichnet. Empfehlungen aus diesen Attesten wird oft

nicht gefolgt. Mit der Ansage, Atteste nicht anzuerkennen, werden die Mitarbeiter regelrecht genötigt und unter Druck gesetzt, medizinische Daten und Untersuchungsergebnisse ihrer behandelnden Ärzte dem WD vorzulegen.

Werden etwa alle Ärzte, die nicht bei Daimler in Lohn und Brot stehen, für unfähig und Scharlatane gehalten? Oder erweist hier der WD etwa seinem Arbeitgeber einen Gefälligkeitsdienst?

All den Werksärzten die den „Eid des Hippokrates“ im Laufe der Jahre vergessen haben, empfehle ich das Genfer Gelöbnis, eine moderne Fassung des Eides. Dort steht unter anderem, ... „die Gesundheit meines Patienten soll oberstes Gebot meines Handelns sein“ ... (nicht die Interessen meines Arbeitgebers) „meine Kolleginnen und Kollegen sollen Schwestern und Brüder sein“ ... (Ihre „Geschwister“ haben schließlich die gleiche Ausbildung wie sie) und im Schlusssatz „ dies verspreche ich feierlich und auf meine Ehre!“ (ohne Kommentar!)

Welche Rolle hat der Werksärztliche Dienst ?

Der WD hat keine Vertrauensarztfunktion (wird er hierzu vom Unternehmen missbraucht?) wie z.B. die Medizinischen Dienste der Kranken-

Hans-Jürgen Butschler
Betriebsrat
Tel.: 67960

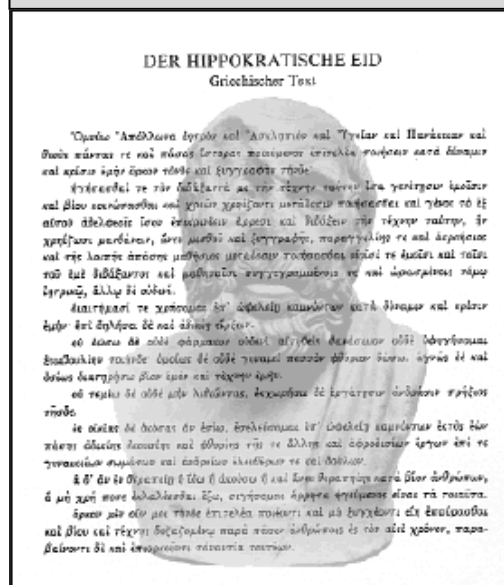


kassen oder der Rentenversicherer, die bei Missbrauchsverdacht hinzugezogen werden können.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, einige Betriebsräte und auch ich können niemandem mehr ruhigen Gewissens raten, den WD unvoreingenommen hinzu zu ziehen oder Befunde und Untersuchungsergebnisse der behandelnden Ärzte, dem WD zur Verfügung zu stellen. Euer behandelnder Arzt muss die Arbeitsplätze hier im Haus nicht kennen. Er muss Euren Gesundheitszustand kennen und daraus die Einsatzmöglichkeiten aufgrund Eurer Erkrankung beschreiben.

z.B.: „...Tätigkeiten im Wechsel von stehen, gehen, sitzen...“ oder „...eine Belastung von max. x Kg...“ - wie formuliert werden muss, wissen Eure Ärzte. Der WD hat dann die Aufgabe zu prüfen, ob die Vorgaben am Arbeitsplatz eingehalten werden können oder ob eine Umsetzung nötig ist. Wo Vertrauen missbraucht wird, sollen nur die notwendigsten Angaben gemacht werden. Keine Angst - auch für Daimlermitarbeiter gilt die freie Arztwahl.

Schon vergessen? Oder schon überholt wegen dem schönen Mammon?



BAG - Urteil gegen herrschendes Recht

„Das herrschende Recht ist das Recht der Herrschenden.“ Doch **nicht** immer: So entschied das Bundesarbeitsgericht (BAG) im Fall einer Krankenschwester, dass diese nicht entlassen werden darf, wenn sie aus gesundheitlichen Gründen keine Nachtschicht mehr machen kann. Es sei dem Arbeitgeber möglich und zumutbar, seine Arbeitsabläufe so zu ändern, dass sie nur tagsüber beschäftigt werden muss. Das gilt dann doch wohl auch für industrielle Schichtarbeiter bei Daimler.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Die Wahlplakate sind wieder verschwunden, die zum Teil deutlich unter der Gürtellinie geführte Wahlkampfeschlacht ist abgeebbt, die Belegschaft hat sich für die nächsten 4 Jahre ihren Betriebsrat gewählt.

Im Ergebnis nicht viel Neues: Die IG Metall stellt mit weiterhin 34 Mandaten eine klare dreiviertel-Mehrheit im Untertürkheimer Betriebsrat. Für dieses entgegengebrachte Vertrauen möchten wir uns an dieser Stelle bei allen Wählerinnen und Wählern ausdrücklich bedanken.

Die selbsternannte Opposition teilt sich die restlichen 11 Mandate auf ihre 4 Listen auf. Keine dieser Gruppierungen ist groß genug, um ihrem formulierten Anspruch, eine wirkliche Alternative zur IG Metall zu sein, gerecht werden zu können. Politisch völlig unlogische Listenverbindungen sind deshalb die Folge: So wurde der Offensive Metaller und überzeugte Marxist Volker Kraft von den sogenannten „Unabhängigen“ als Gegenkandidat zu Wolfgang Nieke als Betriebsratsvorsitzender vorgeschlagen und bekam bei der Wahl dann auch noch die Stimmen von rechts außen, der Liste Zentrum. Also Koalition von links außen nach rechts außen? Geht's noch? Dieser prinzipienlose Missbrauch von Wählerstimmen lässt alles andere als eine ernsthafte Betriebspolitik vermuten. Wir **alternative** - Kollegen sind jedenfalls der Meinung dass es keine Alternative zum Internationalismus gibt. Deshalb verbietet sich eine Koalition mit der rechten Nationalisten. Wir bleiben bei unserer Meinung: Rechtsradikalismus ist keine politische Meinung, sondern ein Verbrechen!

Kollege Nieke wurde übrigens mit 35 Stimmen zum Vorsitzenden gewählt - also einer Stimme mehr als die IGM Mandate hat. Einer der auf der OM-Liste gewählten Betriebsräte hat zwischenzeitlich seine Fraktion verlassen und ist zur IG Metall-Fraktion „übergelaufen“.

Die Wahlergebnisse in den Werkteilen zeigen übrigens ein vertrautes Bild: Im „gallischen Dorf“ Mettingen wurden auch dieses Mal die mit Abstand besten Ergebnisse für die IG Metall erreicht. Die offene, kritische, teilweise auch kontroverse Diskussion im Betriebsrat, in der IG Metall und mit den Kolleginnen und Kollegen hat in Mettingen eine lange Tradition. Sie hat bezogen auf die Unterstützung bei Betriebsratswahlen noch nie geschadet. Die ungeschminkte Kritik an der Werkleitung und an Vorgesetzten, die ihre MitarbeiterInnen schikanieren, ebenso wenig.

Wir von der **alternative** wollen deshalb weiterhin unseren Teil dazu beitragen. Mit einem eindeutigen Gegnerbezug Klartext reden und uns an der Seite der Kollegen für etwas mehr Würde in der Arbeitswelt einsetzen.

Osterfeierlichkeiten in Rom:

Deutliche Kapitalismuskritik von der Kirche

Der Papst betete mit Zehntausenden in Rom. So klare und deutliche Stellungnahmen zu Nöten und Missständen in der gegenwärtigen Welt hört man immer öfter von den oberen Kirchenvertretern (Gebetszitat):

*"In der Schwere des Kreuzes wiegen auch die Ungerechtigkeiten mit, die die Wirtschaftskrise hervorgerufen haben. Mit ihren schweren sozialen Auswirkungen, mit der **Arbeitslosigkeit, den Entlassungen, dem Geld, das regiert, anstatt dem Gemeinwohl zu dienen und zu nützen. Mit der Finanzspekulation, den Selbstmorden vieler Unternehmer, der Bestechung, der Erpressung, den Firmen, die das eigene Land verlassen. Das ist das schwere Kreuz der Arbeitswelt - die Ungerechtigkeit auf den Schultern der Arbeiter.**"*

Vorstandsgehälter skandalös

Der offizielle Prediger des päpstlichen Hauses, Raniero Cantalamessa sagte es zuvor im Petersdom noch deutlicher: *"Von den **verbrecherischen Methoden, Geld anzuhäufen mal abgesehen: Ist es nicht schon skandalös, dass einige Gehälter und Pensionen bekommen, die 50-mal, vielleicht 100-mal so hoch sind wie der Lohn derer, die in deren Abhängigkeit arbeiten? Und die dann** noch die*

Absolution gibt's nur noch gegen soziale Wiedergutmachung!



Stimme erheben, wenn es gilt, auf nur das Geringste zu verzichten, um einer höheren gesellschaftlichen Gerechtigkeit willen?"

Kirche und Klassenkampf ?

Ich erwarte natürlich nicht, dass der Papst mit seinen Bischöfen für uns stellvertretend den Klassenkampf führt. Aber die Mächtigen - Manager wie Politiker - sollten angesichts solch klarer Worte von weit oben etwas in sich gehen und ihr unchristliches Handeln überdenken. Vielleicht hilft es ja noch. Als Ablass empfiehlt sich dann zum Beispiel die aktive Förderung der Einführung einer Vermögenssteuer. Oder wie wär's zur Erlangung des Seelenheils mit der Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der Sozialsysteme. Denkbar wäre auch ein Sündenerlass durch die Abschaffung der Hartzgesetze zugunsten einer menschlicheren Lösung und zu Lasten der Reichen und Vermögenden.

Die für kirchliche Würdenträger doch sehr ungeschminkte Kritik nötigt einem Respekt ab. Ob sie bei den Mächtigen was auslöst, wird sich zeigen. Ich glaube es eher nicht.

Michael Clauss
Betriebsrat, Tel. 67977



Impressum

auch unsere Zulieferer müssen sich ethisch korrekt verhalten

Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.

MitarbeiterInnen der Fa. Klüh sollen ihren Arbeitsplatz behalten

Daimler übernimmt gesellschaftliche Verantwortung für die Zukunft jünger Menschen

Bluttests bei Bewerbern dienen nur der Gesundheit der Mitarbeiter

Arbeitsplätze auf Jahre gesichert

Wir haben überhaupt nicht vor, die Werke gegeneinander auszuspielen



Herausgeber:

Basis e.V., Cannstatter Str. 61/1, Esslingen

V.i.S.d.P.:

Thomas Adler, Cannstatter Str. 61/1,

Esslingen

Verantw. Redakteur:

Thomas Adler

Druck:

UWS, Stuttgart

Groteske um den Mindestlohn

Die Debatte um einen gesetzlichen Mindestlohn nimmt immer wahnwitzigere Züge an. Von flächendeckend konnte ja von Anfang an keine Rede sein. Aber mit der Diskussion, die die Arbeitgeber inzwischen führen und mit der sie - auch noch erfolgreich - Druck auf die Politik ausüben, setzen sie voll auf die Dummheit ihres Publikums.

Verlogene Debatte

So wird es nun Ausnahmen für Jugendliche und Langzeitarbeitslose geben. Für Jugendliche, weil sie ansonsten den tollen Mindestlohn einer Ausbildung vorziehen würden. Grad so, als ob sich die Betriebe mit dem Schaffen von Ausbildungsplätzen besonders ins Zeug legen würden. Das gleiche gilt für Langzeitarbeitslose. Die sind ja deswegen immer noch langzeitarbeitslos, weil sie schon in der mindestlohnfreien Vergangenheit nicht eingestellt wurden.

Von € 8,50 kann man nicht leben

Nein, die Debatte um möglichst viele Ausnahmen wird von den Arbeitgebern geführt, um uns ins Hirn zu dengeln, dass ein Stundenlohn von € 8,50 ein ganz toller ist, von dem der Arbeiter in Saus und Braus leben und am Schluss reich sterben kann. Und dass die Unternehmen mit einem Stundenlohn von € 8,50 an die Grenze ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gehen. Das heißt für unsere Zukunft nichts Gutes.

Kolleginnen und Kollegen, bei uns verdient jeder Neue und jeder Leiharbeiter über das Doppelte des geplanten Mindestlohns. Damit liegen sie an der Untergrenze unserer Entgeltstruktur. Und trotzdem ist für sie das Monatsende oft noch weit weg, wenn das Geld schon alle ist. Und die Arbeitgeber wollen noch weit darunter bleiben. Aber nicht mit uns!

Belegschaft wartet immer noch auf Job-Ticket-Zuschuss:

Geiz ist geil beim Daimler-Vorstand

Die Beschäftigten beim zweitgrößten Stuttgarter Betrieb können ein Job-Ticket für 2-Zonen für S-Bahn, Stadtbahn und Busse für nur 30€ im Monat kaufen. Den Rest zum ca. doppelt so hohen Kaufpreis legt der Arbeitgeber drauf.

Nein, zu früh gefreut: die Firma heißt nicht Daimler AG, die Rede ist von der Stadt Stuttgart. Beschlossen hatte dies im Dezember der Stuttgarter Stadtrat, um den KollegInnen der Stadt das umsteigen vom PKW auf öffentliche Verkehrsmittel schmackhaft zu machen. In der Stau - und Feinstaub-Hauptstadt ist das auch dringend geboten - nicht nur für bei der Stadt angestellte.

Laut Oberbürgermeister Kuhn ist das Jobticket auf dem besten Weg, über die städtischen Betriebe hinaus eine Erfolgsstory zu werden. Am guten Beispiel der Stadt seien schon über 500 private Arbeitgeber 'interessiert'. Schön wär's, und für die Verkehrsgeplagten Stuttgarter auch ein Segen.

Allein: die beiden größten Stuttgarter Industriebetriebe - Daimler und Bosch - lehnen es bisher kategorisch ab, ihren MitarbeiterInnen das attraktive Job-Ticket-Angebot der VVS zugänglich zu machen. Daimler müsste lediglich das Jobticket der KollegInnen mit 10 Euro/ Monat bezuschussen, dann verdoppelt die VVS den Firmenticket-Rabatt von 5 auf 10% . Die Monatskarte würde so eine wirklich günstige Alternative für viele KollegInnen.

Dass die Untertürkheimer Werkleitung da mauert, überrascht nicht.

Daimler nimmt zwar gern öffentliche Subventionen, wenn's die eigenen Geschäfte fördert, wie bei Car2Go. Wenn etwas - wie der Job-Ticket - Zuschuss - vor allem den MitarbeiterInnen nützt und dazu auch noch gut ist für die Atemluft in der Stadt, gilt die Devise: Geiz ist geil.

Früher gab es bei Daimler für die Beschäftigten eine vom Wohnort abhängige Entfernungszulage. Lang lang ist's her. Sie ist wie das meiste, wozu der Konzern nicht durch Tarifvertrag gezwungen ist, längst wieder einkassiert, obwohl dieser Fahrgeldzuschuss heute hochaktuell wäre.

Der Oberbürgermeister sollte also besser öffentlich darauf hinweisen, dass Werkleitung und Daimler-Vorstand beim Thema Job-Ticket alles andere als vorbildlich sind, statt sich als Gratis-Werber für Car2Go zu betätigen. Vielleicht brächte das etwas in Bewegung?

Thomas Adler

Mitglied im Stuttgarter Stadtrat ;
bis Dez. 2012 war Tom Betriebsrat
im Daimler-Werk Untertürkheim

Anzeige

Kommunalwahl am 25. Mai 2014



Thomas Adler, Listenplatz 1

**Für eine soziale
Stadt, die oben bleibt**

Mach mit! Wähle
DIE LINKE.

26.4.
Samstags-Demo
16h Kundgebung
Marktplatz Stuttgart,
mit Angelika Linckh (Mod.)
Egon Hopfenzitz
Sabine Leidig
Volker Lösch
Musik: Kleines Elektro-
nisches Welt-Orchester
Anschließend
Demonstration
K21 Parkschießer

**KOPF
MACHEN**
KONFERENZ

Stuttgart
25.-27.4.2014
20 Jahre Bahnreform
20 Jahre Stuttgart 21

Anmelden und alles über 9 Plena, 20 Workshops, Kultur auf
<http://www.bahn-fuer-alle.de/> - oder an der Mahnwache.